

# Gläserne Konten

Eine neue Initiative in Ghana soll Licht in die Verteilung der Bergwerksabgaben an Regierungen und Dörfer bringen

Von Thomas Veser

Feine Dunstschleier hängen morgens in den Kronen der Akazien am Rande von Yayasu. Äußerlich geht in dem kleinen Dorf im Osten von Ghana alles seinen gewohnten Gang. Doch die 500 Einwohnern müssen ihr Dorf für immer verlassen. Denn tief im steinigen Boden des angrenzenden Waldes ruht Gold, und Yayasu liegt im geplanten Schürfgelände.

Für den Förderbetrieb rechnet der amerikanische Bergbaukonzern Newmont mit einem Bedarf von 1500 qualifizierten Beschäftigten. Diese wird das Unternehmen, einer der weltweit größten Goldproduzenten, nicht vor Ort finden. „Wieder einmal wird der Goldabbau der lokalen Bevölkerung kaum etwas bringen“, bedauert der für Soziales zuständige Newmont-Manager Robbin Budden. „Das wird erneut schwer ent-

täuschen, weil die Menschen sich hier Job-Chancen versprechen.“

Noch hat die Regierung in Accra die Schürflizenz nicht erteilt. Das Förderunternehmen verhandelt jedoch schon mal mit Bauern, die ihr Land und damit ihre Existenzbasis aufgeben müssen, über angemessene Entschädigungen. „Das ist ein heikles Thema“, sagt Budden. Er verweist auf den schlechten Ruf, der den Förderkonzernen vorausseilt. Man wirft ihnen vor, die Umwelt zu zerstören, um sich an den Ressourcen der Einheimischen zu bereichern.

Bergbaugemeinden erhalten einen Teil der Bergwerksabgaben, den so genannten Royalties. Alle Firmen zahlen diesen Obolus, abhängig von ihren Erlösen. Gold macht fast 40 Prozent der Exporte Ghanas aus. Die Regierung kassierte davon 2005 rund 1,4 Milliarden Dollar. Drei Prozent dieser Summe flossen an die staatliche Fi-

nanzverwaltung und rund neun Prozent an die Distrikte und traditionellen Dorfchef-Verwaltungen. Zu wenig, heißt es allgemein.

## Ghana hat international eine Vorreiterrolle beim Thema Transparenz übernommen

Um die in Ghana kontrovers geführte Debatte über die Verteilung der Bergwerksabgaben aus der Förderung von Gold, Silber, Diamanten, Bauxit und Manganerz zu entschärfen, hat die Regierung beschlossen, sich an der internationalen Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) zu beteiligen. EITI ist ein Instrument, das Zahlungsströme von Förderunternehmen an nationale Regierungen rohstoffreicher Länder öffentlich macht. Damit lässt sich nachvollziehen, was Unternehmen an die Regierung zahlen und

welche Summe letztlich an die Distrikte überwiesen wird. Dass die Initiative den mit Bodenschätzen gesegneten Ländern ans Herz gelegt wird, hat gute Gründe: Dort hat sich fast überall der Lebensstandard der ländlichen Bewohner verschlechtert. EITI, an der sich 20 Entwicklungsländer und sieben Unterstützerstaaten beteiligen, soll jetzt die Wende einleiten.

Ghana darf mittlerweile eine internationale Vorreiterrolle beanspruchen. Beraten wird das Land dabei von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

„Da eine Absage an die Transparenz-Initiative dem Prestige der Unternehmen geschadet hätte, stieß EITI offiziell auf Zustimmung“, vermutet Franklin Ashia-dey, nationaler EITI-Koordinator in Ghana. Sein Mitarbeiter Kwaku Boa-Amponsem nimmt bei den Förderunternehmen Einblick in

die Geschäftsbücher. Unstimmigkeiten nennt sein Bericht beim Namen. Bei fast allen überprüften Firmen hatten sich zwar die Beteiligungsverhältnisse verändert; die fälligen Kapitalzuwachssteuern waren jedoch nicht entrichtet worden. Der Grundzins war ebenfalls vorenthalten worden.

Im gemeinsamen Kampf um mehr Fiskaltransparenz übernehmen private Entwicklungsorganisationen eine wichtige Rolle. „EITI entwickelt eine Dynamik, die maßgeblich dazu beitragen kann, Licht in die bisher nur einer Elite vorbehaltenen Budgets zu bringen“, sagt Steve Manteaw vom Integrated Social Development Centre. Diese Transparenz fordert er bereits beim Abschluss von Verträgen zwischen Unternehmen und Regierung, denn: „So könnte man noch effizienter gegen Korruption vorgehen und das Vertrauensverhältnis verbessern.“